

Neuer Ruf vom 29. Januar 2011

632.000 Euro für den Rieckhof

Bürgermeister Ahlhaus: Wahlkampf in Harburg

■ (pm) Harburg.

Die gute Nachricht des Tages brachte Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus, der auf seiner Wahlkampftour am Donnerstag im Rieckhof Station machte, brühwarm aus dem Rathaus mit: Der Senat hat beschlossen, 632.000 Euro aus Rückstellungen der Finanzbehörde für die Sanierung des Freizeit- und Kulturzentrums bereit zu stellen. Die Bürgerschaft müsse zwar noch zustimmen, was aber kein Problem sein dürfte, so Ahlhaus, denn, so fuhr er fort, „Der Rieckhof muss leben.“ Allerdings hätten alle zuständigen Stellen schon viel eher erkennen müssen, dass der Sanierungsstau sich anbahne, schrieb er ihnen ins Stammbuch.

Der Rieckhof-Geschäftsführer Jörn Hansen, der bereits eine komplette Schließung dieser in Harburg beliebten Einrichtung für den Fall befürchtet hatte, dass kein Geld locker gemacht werden könnte, vernahm die Nachricht hoch erfreut.



Bürgermeister Christoph Ahlhaus (li.): Hamburg will keine energetischen Tänze mit Hip-Hoppers präsentieren, sondern sich als nachhaltige Öko-Hauptstadt präsentieren. Uwe Schneider (mi.), Wahlkampfleiter der Harburger und CDU-Kreisvorsitzende Ralf-Dieter Fischer verfolgten die Wahlkampfrede mit Interesse Foto: pm

In den weiteren Ausführungen befasste sich das Stadtoberhaupt vor etwa 100 Zuhörern, davon mindestens 90 Prozent CDU-Parteimitglieder, in der Hauptsache mit den Versprechungen des SPD – Bürgermeisterkandidaten Olaf Scholz. Dessen finanzpolitische Thesen betrachte er mit Sorge, sagte er. Ob kostenlose Kita-Betreuung, Abschaffung der Studiengebühren oder der Teil-Rückkauf des Strom- und Gasnetzes – alles bloß Wahlgeschenke. Dabei müsse die Haushaltskonsolidierung das A & O des Handelns eines jeden Senats sein. Ihm selbst – kaum im Amt – habe es wenig „Spaß“ gemacht, gleich das größte Sparpaket, das Hamburg erlebt hat, schnüren zu müssen. Zu bedauern sei nur gewesen, dass der vormalige grüne Koalitionspartner sich der Umsetzung verweigert habe, blickte er zurück.

Ein Kassensturz, wie ihn die Sozialdemokraten fordern, sei jedoch nicht notwendig, da alle Zahlen einsehbar – auch für Olaf Scholz – auf dem Tisch lägen. Das solle auch der „selbsternannte König von Hamburg“ zur Kenntnis nehmen, gab er seinem Herausforderer mit auf den Weg. Auch der Verzicht auf die Reitersaffel sei eine schlechte Idee, ebenso der Verzicht auf die unterirdische Schießanlage der Polizei, zumal diese im Februar fertig gestellt werde. Auch der geforderte Verzicht auf die Hafencity Universität, die schon einige Millionen verschlungen habe oder auf den Neubau für die BSU in Wilhelmsburg, für die die Planungen bereits weit fortgeschritten seien, können nicht wirklich ernst genommen werden, hieß es. Die von der SPD geforderte Rückkehr der LBK-Mitglieder auf frei werdende Stellen verfolge auch die CDU, bloß müssten auch der Qualifizierung entsprechende Stellen frei

werden, so Ahlhaus weiter, sonst könne Herr Scholz ja einen Desinfektor als Redenschreiber einstellen, sagte er sarkastisch. Die Entscheidung der SPD, Frank Horsch, ehemals Krupp-Chef in Harburg und zuletzt Präses der Handelskammer, zum Wirtschaftssenator zu machen, sei zu begrüßen, zumal er diese Personalie selbst auf der Liste gehabt habe, bei den Grünen jedoch auf Ablehnung gestoßen sei. Das gleiche werde nun auch Scholz passieren, warnte er.

Nicht zuletzt wies Ahlhaus auf ein weiteres – aus seiner Sicht – Dilemma von Scholz hin: Als stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender fordere er etwas gänzlich anderes als als Spitzenkandidat. Wer in Berlin A sage könne in Hamburg nicht B sagen, stellte Ahlhaus fest. Der Hoffnung der SPD, das alte Hamburg wieder haben zu wollen, solle man sich lieber nicht zu eigen machen, fuhr er fort, denn dann bekäme das Hamburg mit einer ausufernden Kriminalität, wie damals, als Scholz Innensenator gewesen sei, wieder. Viel lieber sei ihm, Ahlhaus, wenn Hamburg in Zukunft eine entscheidende Rolle als Wirtschaftsmetropole und als erfolgreiche sowie innovationsfreudige Umwelthauptstadt spielen würde. „Das ist kein Spleen,“ betonte er. Nicht zuletzt forderte er für den Hafen mehr Rückendeckung aus Berlin. Er sei schließlich eine nationale Aufgabe. Nicht zuletzt sei sehr wohl ein Verkehrskonzept für den Süderelberaum notwendig.